

Eurokratie 18.11.2015



LISSABON/BRÜSSEL (Eigener Bericht) - Der von Berlin durchgesetzte Austeritätswang für die Eurozone steht der Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung in Portugal im Weg. In dem Land haben bei den jüngsten Wahlen der Partido Socialista (PS) und zwei Bündnisse linker Parteien eine Mehrheit der

Parlamentssitze gewonnen. Für ihren Erfolg ausschlaggebend war, dass sie die harten Kürzungsprogramme der bisherigen Regierung zurückzuweisen versprochen; weil dies aber in der deutsch dominierten EU nicht toleriert wird, lehnt Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva es ab, dem PS den Auftrag zur Regierungsbildung zu erteilen. Stattdessen setzt er auf den konservativen Wahlverlierer, den bisherigen Premierminister Pedro Passos Coelho, der die Mehrheit eingebüßt hat. Portugals Regierungen seien noch nie "von der Unterstützung antieuropäischer Kräfte abhängig gewesen", ergänzt Cavaco Silva mit Blick auf EU-kritische, vom Establishment ebenfalls nicht tolerierte Positionen in den beiden linken Parteienbündnissen. Die weitere Entwicklung ist unklar; möglicherweise wird Passos Coelho noch ein halbes Jahr lang gegen die demokratische Mehrheit im Amt gehalten. Bereits mehrfach sind in den letzten Jahren Mehrheiten und Referenden in der Eurozone nicht zum Tragen gekommen, weil sie nicht mit dem Spardiktat der EU vereinbar waren. Die Demokratie zieht den Kürzeren gegen die deutsch inspirierte Austerität.

Bankrott wie Griechenland

Ausgangspunkt für die aktuellen Auseinandersetzungen um die Regierungsbildung in Portugal ist die Niederlage des konservativ-rechten Parteienbündnisses Portugal à Frente (Vorwärts Portugal) von Premierminister Pedro Passos Coelho bei den Parlamentswahlen vom 4. Oktober gewesen. Portugal à Frente stürzte um fast elf Prozentpunkte auf 36,9 Prozent ab und kommt im Parlament zusammen mit einigen Abgeordneten von den Azoren und Madeira seither nur noch auf 107 von 230 Sitzen. Die Niederlage ist vor allem der harten Austeritätspolitik geschuldet, die Passos Coelho unter dem Druck der Troika rücksichtslos exekutierte. Die Löhne in Portugal sind binnen weniger Jahre um etwa 20 Prozent gesunken; der Anteil derjenigen, die nur den Mindestlohn in Höhe von 505 Euro pro Monat verdienen, liegt heute bei einem Fünftel der Bevölkerung. Mehr als ein Viertel der Portugiesen leben an oder unter der Armutsgrenze.[1] Zugleich sind die Staatsschulden von 94 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf 129 Prozent in die Höhe geschossen. Die Rede von der "Sanierung Portugals" sei ein "Märchen", hieß es im Februar in der deutschen Wirtschaftspresse: Das Land sei "nicht weniger bankrott ... als Griechenland".[2]

Nie gegen die EU

Nach der Wahl hatte Staatspräsident Aníbal Cavaco Silva zunächst erneut Passos Coelho den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt. Das entsprach noch den Gepflogenheiten in Lissabon, wo gewöhnlich der Kandidat der stärksten Fraktion mit dieser Aufgabe betraut wird. Die Verhandlungen mit dem sozialdemokratischen Partido Socialista (PS) scheiterten aber; unmittelbar darauf erklärte der PS, gestützt auf die linken Bündnisse Bloco de Esquerda (BE) sowie Coligação Democrática Unitária (CDU) eine Regierung bilden zu wollen. BE und CDU hatten mit ihrer Opposition zu Passos Coelhos Austeritätspolitik bei der Wahl auf 10,2 Prozent bzw. 8,3 Prozent der Stimmen zugelegt. Erheblichen Unmut rief hervor, dass Staatspräsident Cavaco Silva am 22. Oktober dennoch zum zweiten Mal Passos Coelho mit der Regierungsbildung beauftragte - und damit die demokratisch gewählte Mehrheitskoalition von PS, BE und CDU von der Macht fernhielt. In einer Erläuterung seiner Entscheidung, nicht die Mitte-Links-Mehrheit mit der Regierungsbildung zu beauftragen, erklärte Cavaco Silva, auf grundsätzliche Kritik von BE und CDU an der EU anspielend, "in 40 Jahren Demokratie" seien die Regierungen Portugals "nie von der Unterstützung antieuropäischer Kräfte abhängig gewesen". Mit Bezug auf die Ablehnung der Spardiktate durch die Mitte-Links-Parteien äußerte er, es sei seine "Pflicht ..., alles zu tun, um zu verhindern, dass Finanzinstituten, Investoren und Märkten falsche Signale übermittelt werden".[3]

Bis heute verweigert

Die weitere Entwicklung in Portugal ist unklar. Staatspräsident Cavaco Silvas zweiter Auftrag an Passos Coelho zur Regierungsbildung ist am 10. November an einem Misstrauensvotum der Mitte-Links-Parlamentsmehrheit gescheitert; der Plan, Passos Coelho mit Hilfe von Überläufern aus dem PS an der Macht zu halten, misslang dabei. Gemäß demokratischem Brauch müsste Cavaco Silva eigentlich spätestens jetzt der linken Mehrheit die Regierungsgewalt übertragen. Tatsächlich verweigert er das konsequent - bis heute. Verharrt er dabei, bleibt Passos Coelho bis zu Neuwahlen geschäftsführend im Amt. Neuwahlen aber sind wegen der rechtlichen Gegebenheiten in Portugal frühestens im Juni 2016 möglich. Passos Coelho könnte also über ein halbes Jahr ohne jede demokratische Legitimation regieren, obwohl eine demokratische Mehrheit im Parlament gegeben und auch klar handlungsfähig ist.

Wo Demokratie nichts zu suchen hat

Die Ausbebelung demokratischer Mehrheiten zwecks Gewährleistung einer Austeritätspolitik, die den deutschen Spardiktaten für die Staaten der Eurozone entspricht, ist in den vergangenen Jahren in der EU immer wieder vollzogen worden. In Italien beispielsweise regierte vom 16. November 2011 bis zum 28. April 2013 das auf Druck Brüssels installierte "Expertenkabinett" von Mario Monti; Monti hatte den Posten des Ministerpräsidenten nicht in demokratischen Wahlen erlangt. In Irland, Portugal, Spanien, Griechenland und Zypern wurde - wenngleich in unterschiedlicher Intensität - die nationale Politik in erheblichem Maß von der demokratisch nicht legitimierten "Troika" aus EU, EZB und IWF bestimmt. Im Juli dieses Jahres hat die EU auf deutschen Druck sogar den erklärten Willen der griechischen Bevölkerung missachtet, die sich in einem Referendum mit einer klaren Drei-Fünftel-Mehrheit gegen eine Weiterführung der von Berlin und Brüssel oktroyierten Austeritätspolitik ausgesprochen hatte: Griechenland wurde mit der Verhängung noch empfindlicherer Kürzungsaufgaben bestraft.[4] Eine führende deutsche Tageszeitung hat die faktische Suspendierung der Demokratie in verschuldeten Staaten, die Verhältnisse im Privatrecht umstandslos auf die gänzlich anders gearteten zwischenstaatlichen Beziehungen übertragend, im Sommer explizit für angemessen erklärt. "Es gibt ein paar Dinge auf der Welt, wo die Demokratie nichts zu suchen hat", hieß es in dem Blatt: "Schulden zum Beispiel." [5]

Der einzige Weg

In Portugal hat Cavaco Silva in den vergangenen Tagen mehrfach bekräftigt, er werde sich Zeit mit der Entscheidung über die nächste Regierung lassen. Anfang dieser Woche ist er trotz deutlicher Unmutsbekundungen in Lissabon demonstrativ für zwei Tage zu Wirtschaftsgesprächen nach Madeira gereist. Am heutigen Mittwoch wird er mit den Vorständen mehrerer portugiesischer Banken zusammentreffen, um über die Lage zu beraten. Zentralbankchef Carlos Costa hat sich bereits deutlich gegen eine mögliche Mitte-Links-Regierung ausgesprochen und gewarnt, "für alle Fehler, die heute gemacht werden" - gemeint sind souveräne Entscheidungen einer gewählten Regierung -, werde das Land "bezahlen" müssen.[6] Das Ergebnis von Cavaco Silvas heutigen Gesprächen mit führenden portugiesischen Bankiers hängt auch davon ab, welche Zugeständnisse der PS-Kandidat für das Amt des Premierministers, António Costa, den Spitzenbankern gemacht hat, mit denen er seinerseits am Montag verhandelte.[7] Die Preisgabe aller gegen die EU und ihre deutsch inspirierte Austeritätspolitik gerichteten Positionen ist üblicherweise der einzige Weg, auf dem sich beim EU-orientierten Establishment Akzeptanz gewinnen lässt.

[1] Reiner Wandler: Absoluter Gehorsam. www.taz.de 12.11.2015.

[2] Daniel Stelter: Das Märchen von der Sanierung Portugals. www.manager-magazin.de 27.02.2015.

[3] "Nunca os governos dependeram de forças políticas antieuropeístas". www.dn.pt 22.10.2015.

[4] S. dazu [Austerität oder Demokratie](#) und [Die Politik des Staatsstrechs](#) .

[5] Rainer Hank: Dieter Nuhr hat recht! www.faz.net 12.07.2015.

[6] Linke jagen Reformer aus dem Amt. www.wiwo.de 16.11.2015.

[7] Cavaco Silva recebe banqueiros na quarta-feira. expresso.sapo.pt 17.11.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com